

Pressespiegel vom 21.01.2011

Sächsische Zeitung

Polizei bereitet Einsatz für den 13. Februar vor

Von Thilo Alexe

Die Beamten rüsten sich für den Aufmarsch von Neonazis in Dresden.

Nach einem umstrittenen Gerichtsurteil setzt die Dresdner Polizei ihre Vorbereitungen für Neonaziaufmärsche im Februar fort. Rechtsextremisten planen anlässlich des Jahrestages der Kriegszerstörung der Stadt mehrere Aufmärsche – am 13. sowie am 19. Februar. In der vergangenen Woche hatte das Dresdner Verwaltungsgericht entschieden, dass die Ordnungshüter im vergangenen Jahr den Aufzug von Neonazis hätten ermöglichen müssen. Der war an einer Blockade von Gegendemonstranten gescheitert. Die Beamten hatten diese Blockade nicht aufgelöst. Das Gericht stufte das als rechtswidrig ein.

Die Polizeidirektion Dresden gab darauf bekannt, dass sie die Urteilsbegründung abwarte. „Die Vorbereitung des kommenden Polizeieinsatzes wird indes fortgesetzt“, heißt es in der knappen Mitteilung. Zuvor hatte sich Sachsens Innenministerium skeptisch zu dem Urteil geäußert. „Wir sind nicht zufrieden“, sagte der Sprecher von Ressortchef Markus Ulbig (CDU).

In dieser Woche will Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) die Pläne der Stadt für das Gedenken und den Protest veröffentlichen. Klar ist bereits, dass die Menschenkette vom vergangenen Jahr wiederholt werden soll. Vorgesehen ist, dass die Kette anders als bei ihrer Premiere auch in die Neustadt führt.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Polizei_bereitet_Einsatz_fuer_den_13_Februar_vor/articleid-2668700

Streit nutzt nur Rechtsextremisten

Thilo Alexe

über die Vorbereitung der Stadt auf den 13. Februar

Der 13. Februar ist eine Herausforderung. Für Politik, Polizei, die Stadt. Wie mit etwas umgehen, was so sperrig, schwierig und aufgeladen ist? Das Gedenken an Zehntausende Tote und der Protest gegen Neonazis verschränken sich. Jedes Jahr neu und jedes Jahr mit neuen Spannungen.

2011 haben sich bereits mehrere demokratische Parteien darum gestritten, wie weit der Jahrestag der Bombardierung 1945 in die Tagespolitik gehört. Konservative wollen einen Dresdner Weg, der eher stilles Gedenken und weniger Protest ist. Linke sehen das anders. Dazu kommt, dass das Dresdner Verwaltungsgericht den Polizeieinsatz 2010 kritisierte. Die Beamten hätten den Rechtsextremisten den von

Blockierern versperrten Weg frei machen müssen. Die Demonstrationsfreiheit stufen die Juristen damit als ein sehr hohes Gut ein.

Wichtig ist jetzt, dass Demokraten an einem Strang ziehen, zumal Neonazis an zwei Wochenenden Dresden aufsuchen wollen. Man kann nur hoffen, dass es Oberbürgermeisterin Helma Orosz gelingt, den Parteienstreit, den die CDU mit entfacht hat, einzudämmen. Alles andere nutzt nur den Neonazis.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Streit_nutzt_nur_Rechtsextremisten/articleid-2668708
